



Daniel Risch (r.) hat bei Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut tieferegehende Recherchen in Auftrag gegeben.

Online-Befragung zu Service public

Das Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport hat beim Liechtenstein-Institut eine **Umfrage über öffentlich-rechtliche** Unternehmungen in Auftrag gegeben.

Die Staatsbetriebe geben im Landtag immer wieder Anlass zu Diskussionen. Insbesondere die Leistungsaufträge an die Unternehmen wurden in der jüngsten Vergangenheit immer wieder hinterfragt und kritisiert. Nun will Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch jene sieben Staatsunternehmen, welche sich im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport befinden, genauer unter die Lupe nehmen.

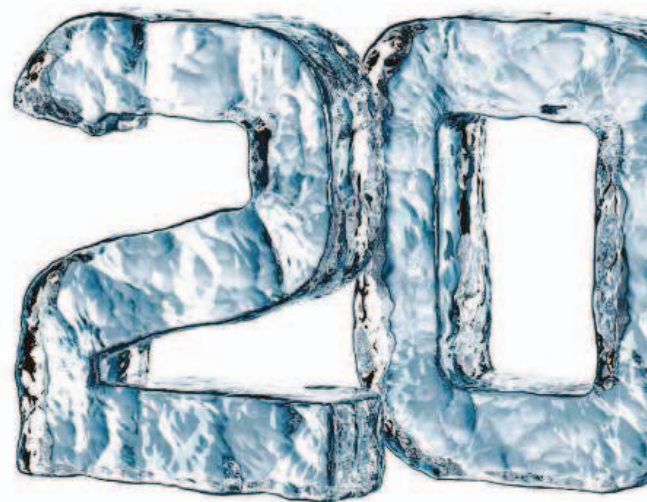
für eine öffentliche Diskussion und die anstehenden Diskussionen im Landtag», erklärte Risch vor den Medien. Bisher seien vor allem Einzelmeinungen zu den Leistungen der Service-public-Unternehmen zu hören gewesen. Mit der breit angelegten Untersuchung ergebe sich eine bessere «Gesamtschau als am Stammtisch», so Risch. Die anonyme Umfrage läuft bis zum 28. Januar. «Für das Ausfüllen der Umfrage muss etwa 20 Minuten gerechnet werden», so Marxer.

Meinung der Bevölkerung wesentliches Element

Risch will mit der Untersuchung einen Gesamteindruck von den einzelnen Unternehmen, deren Leistungen in der Grundversorgung und den Zusatzleistungen erhalten. Nebst Interviews mit Wirtschaftsvertretern sollen die Ergebnisse einer Onlineumfrage bei der in Liechtenstein ansässigen Wohnbevölkerung ein wesentliches Bestandteil der Untersuchung sein. Aufgrund der Ergebnisse werden anschliessend auch Gespräche mit den Vertretern der Staatsbetriebe geführt. Auch deren Sicht soll in den Schlussbericht einfließen. «Ich erhoffe mir daraus eine fundierte Basis

Risch schliesst konkrete Massnahmen nicht aus

Die politischen Entscheidungen werden wesentlich von den Resultaten der Untersuchung des Liechtenstein-Instituts abhängen. Doch Wirtschaftsminister Daniel Risch schloss konkrete Massnahmen aufgrund der Ergebnisse nicht aus. Die Leistungsaufträge an die Staatsunternehmen werden von der Regierung alle vier Jahre überprüft. Bei gewissen Organisationen stehe diese Prüfung nun wieder an. «Grundsätzlich ist eine Änderung des Leistungsauftrags aber jederzeit möglich», so Daniel Risch. Dabei gehe es aber ausschliesslich um strategische und keine operativen Fragen. **sap**



Thomas Banzer
Präsident FDP

Die Fortschrittliche Bürgerpartei wird sich auch im Jahr 2018 an die anlässlich der Wahlen gemachten Versprechungen halten und sich damit weiterhin auf die

Umsetzung des Wahlprogramms konzentrieren. Diese Leitlinien haben über die gesamte Dauer der Legislatur Bestand, das Wahlprogramm ist die Basis unseres politischen Handelns.

Wie bekannt ist, feiern wir in diesem Jahr unser 100-jähriges Bestehen, was wir gebührend feiern werden. Durch das Jahr hindurch werden wir aber nicht nur zurückschauen und uns für die Vergangenheit hochleben lassen, sondern das Jubiläumsjahr nutzen, um uns mit den grossen Fragen der Zukunft auseinanderzusetzen. An diesen Veranstaltungen werden wir uns bewusst auf langfristige, grosse Themen konzentrieren. Gegen Ende des Jahres wird dann auch stärker die Gemeindepolitik im Hinblick auf die Wahlen im Jahr 2019 in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung rücken. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass wir weiterhin gute und motivierte Personen für die jeweiligen Gemeinderäte portieren können.

Gerne nutze ich abschliessend die Gelegenheit um allen Leserinnen und Lesern ein gutes, erfolgreiches und v. a. gesundes neues Jahr zu wünschen und sie einzuladen, sich aktiv an der Gestaltung unserer Zukunft zu beteiligen.